Antrag Nr. 1

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 164. Vollversammlung am 29.5. 2015 der Arbeiterkammer Wien**

Arbeitszeitverkürzung

Mit annähernd einer halben Million Arbeitslosen zu Jahresbeginn 2015 kletterte die Arbeitslosigkeit in Österreich auf ein abermaliges, trauriges Rekordhoch der Zweiten Republik. Und eine „Entspannung“ ist nicht in Sicht. Im Gegenteil.

So prognostiziert das WIFO (Österreichisches Wirtschaftsforschungsinstitut) in seiner eben erschienenen mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2019 einen weiteren kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosenquote. Sprich: ein neues Rekordhoch für Jänner 2016, gefolgt von einem wieder neuen zu Jahresbeginn 2017, seinerseits dann nochmals getoppt im Jänner 2018, gipfelnd in einem neuen, einsamen Allzeithoch zu Jahresbeginn 2019. Und selbst dieses Entwicklungsszenario der weiter emporklimmenden Arbeitslosigkeit im Land basiert noch auf einer Reihe zu optimistischer Annahmen. So prognostizierte die EU-Kommission zwischenzeitlich den ursprünglich vorausgesagten und auch noch vom WIFO für 2015 in dieser Höhe in Anschlag gebrachten Wachstumsaussichten Österreichs einen demgegenüber deutlichen Einbruch von 1,2% (WIFO: 1,25%) auf nunmehr lediglich 0,8%. Zudem bleiben die Rückwirkungen der Sanktionsverhängungen gegen Russland und dessen (aufgrund dieser wie des Sturzflugs des Öl-Preises) Abrutschen in eine veritable Rezession (mit bis zu -5,% veranschlagt) wie des rigorosen Einbruchs des ukrainischen Exportmarktes auf die heimische Entwicklung nur vage in die Prognosen einbezogen.

Die immer mehr durch den Plafond schießende Arbeitslosigkeit bedeuten allerdings nicht „nur“, dass jede/r zehnte Werkstätige im Land ohne Arbeit ist, sondern schlägt auch mit seinen Begleiterscheinungen mit voller Wucht zu Buche: zunehmender Druck auf die bestehenden Arbeitsverhältnisse, Aushöhlung erkämpfter sozialer Rechte, Lohndumping, erzwungene Teilzeitbeschäftigungen, Flexibilisierung, sich auf breiter Front durchsetzende Prekarisierungen und immer mehr „McJobs“, von denen die Menschen nicht leben können.

Ein neues Ausmaß struktureller Arbeitslosigkeit

Dem nicht genug, soll der Perversität der Kapitallogik zufolge, während auf der einen Seite ein immer größeres Arbeitslosenheer anwächst, für jene die noch in Arbeit stehen die Arbeitszeit ausgedehnt (wie intensiviert) werden – mit zunehmender physischer und psychischer Belastung und deren Folgen. Die nach wie vor fast an die 300 Mio. Überstunden pro Jahr, deren Abbau allein gut 35.000 Arbeitsplätze brächte, sind nur die Kehrseite ein und derselben Medaille.

Eine strukturelle Arbeitslosigkeit, der sich mit herkömmlichen beschäftigungspolitischen Impulsen alleine nicht mehr beikommen lässt. Was, neben einem aktiven Beschäftigungs- statt Belastungspaket, und Abkehr des sozial-regressiven Austeritätscurses, vor allem Not

tut, ist eine radikale Arbeitszeitverkürzung und gesellschaftliche Umverteilung auf alle Arbeitssuchenden. Als gleichermaßen beschäftigungspolitischem Hebel, wie über eine ledigliche Konsumpartizipation hinausgehende Aneignung der Produktivitätssteigerung seitens der Werkstätigen auch in Form mehr freier Zeit.

Aufgrund des strukturellen Ausmaßes der heutigen Arbeitslosigkeit braucht es so denn auch vor allem einer weitreichenden Arbeitszeitverkürzung als Schritt in Richtung einer tiefgreifenden Wende.

Und es ist mitnichten eine Frage, ob eine solche möglich sei. Gesamtgesellschaftlich findet sie nämlich in Form zunehmender Massenarbeitslosigkeit bereits faktisch statt. Aufgrund der gesteigerten, schneller als die Produktion wachsenden, Produktivität, werden für die Produktion derselben Menge an Gütern und Dienstleistungen immer weniger Arbeitskräfte gebraucht oder in anderen Worten gesellschaftlich benötigte Arbeitszeit aufgewandt. Was nichts anderes denn eine Arbeitszeitverkürzung im gesellschaftlichen Maßstab bedeutet. Allerdings auf Kosten sowohl der in Arbeit Stehenden wie dem damit einhergehenden Heer an Arbeitslosen. Gegen beides gilt es eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich durchzusetzen (sowie begleitender progressiver Arbeitszeitregelungen).

Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden als erstem Schritt einer radikalen Arbeitszeitverkürzung jetzt!

Die 35-Stunden-Woche, bereits 1983 als Produktivitätsabgeltung der Effektivierungen der vorangegangenen Jahrzehnte gefordert, ist, von ÖGB und AK vielfach beschlossen, auch nach drei Jahrzehnten noch nicht durchgesetzt.

Die gesetzliche Regelarbeitszeit liegt unverändert bei 40 Stunden. Zwar konnten seither in diversen Branchen kollektivvertraglich kürzere Arbeitsstundenwochen durchgesetzt werden. Von einer flächendeckenden Arbeitszeitverkürzung, gar Einführung einer gesetzlichen 35-Stunden-Woche (als erstem Schritt einer radikalen Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden) sind wir nichts desto trotz weit entfernt.

Dabei brächte alleine die endliche Durchsetzung der 35-Stunden-Woche gut 180.000 zusätzliche Arbeitsplätze und würde zusammen mit einem Überstundenabbau über 200.000 Arbeitslose wieder in Broterwerb und Arbeit setzen. Mit einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ließe sich im Folgeschritt dann überhaupt eine Wende einleiten.

Demgegenüber „feiert“ die letzte, mittlerweile bereits stark in die Jahre gekommene letzte gesetzliche Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden in Österreich heuer vielmehr ruhig und beschaulich ihren 40. Geburtstag.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

* Eine gemeinsame offensive Arbeitszeitverkürzungsinitiative von AK- und Gewerkschaftsführung noch im Jahr 2015 zur längst überfälligen Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als ersten Schritt einer radikalen Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

Antrag Nr. 2

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern
an die 164. Vollversammlung am 29.5. 2015 der Arbeiterkammer Wien**

**Keine Zustimmung zu dieser
Lohnsteuerreform**

„Es reicht! Wir haben es satt, ständig für den Finanzminister zu verhandeln und uns, auf Deutsch, veräppeln zu lassen“ tönten es angesichts der enorm hohen Lohnsteuer im Land, die über die kalte Progression auch noch die mauen Teuerungsabgeltungen der KV-Runden auffrisst medienwirksam vor gut einem Jahr seitens ÖGB & AK zurecht.

Und in der Tat - was hunderttausende Arbeitende bei jedem Griff ins Geldbörstel durch den seit Jahren anhaltenden Reallohnverlust spüren - saufen die Einkommen nicht zuletzt auch aufgrund der immensen Lohnsteuerbelastung mehr und mehr ab. Eine Lohnsteuer, die zusammen mit der zweiten Massensteuer exorbitante zwei Drittel der österreichischen Staatseinnahmen speist.

In Folge dessen starteten ÖGB und AK dann auch die hinter uns liegende Lohnsteuer-Kampagne, in deren Ergebnis nun die angeblich „größte Steuerreform seit 40 Jahren“ auf Schiene gebracht wurde. „Wir haben es geschafft!“, wird breitflächig getitelt.

Reform kompensiert kaum Verluste – Abzüge bleiben weitgehend gleich

In Wirklichkeit kompensiert die paktierte Lohnsteuerreform kaum die Verluste durch die kalte Progression der letzten Jahre und profitieren von ihr absolut vor allem die höheren und Höchsteinkommen. Während etwa ein Facharbeiter mit 2.700,- Euro brutto mit etwas über tausend Euro im Jahr entlastet wird, wächst die Steuerersparnis bei einem Bezug von bspw. 8.000,- Euro brutto bereits auf das rund Doppelte, nämlich deutlich über 2.000,- Euro! Ja, im Verhältnis zum vom ÖGB geforderten Mindestlohn von 1.500,- Euro, bei welchem eine jährliche Entlastung von mageren 485,- Euro herauspringt, beträgt die Entlastung der Hocheinkommen sogar mehr als das Vierfache. Ganz zu schweigen von den vielen Vollzeitbeschäftigten in Niedriglohnbranchen, denen gerade einmal um die 350,- (auf oder ab) im Jahr mehr im viel zitierten Börsi bleiben wird.

Der Großteil der weiblichen Beschäftigten sowie Werk tätigen mit Migrationshintergrund (die in den Hoch-Einkommensbereichen nur gering vertreten sind) schauen demgegenüber weitgehend durch die Finger – womit auch die (bereits im Vorjahr gerade einmal weiter auf gegangenen) Lohnschere n weiter aufreißen.

Und jene rd. 1,4 Millionen unselbständig Beschäftigten (rd. jede/r Dritte im Land), die überhaupt so wenig verdienen dass sie keine Lohnsteuer zahlen, müssen zudem noch bis ins Frühjahr 2017 warten, um die mit maximalen 290,- Euro Plus im Jahr begrenzte und bestenfalls einen Tropfen auf dem heißen Stein ausmachende Anhebung der Negativsteuer

zu bekommen. Anstatt wie von KOMintern gefordert, gerade auch diese „McJobs“-Einkommen, von denen Hunderttausende kaum ihr Leben fristen können, über eine kräftigere Anhebung der Negativsteuer und Absetzbeträge – letztere endlich voll negativsteuerfähig anzusetzen –, massiv zu entlasten.

So werden denn auch den neuesten Berechnungen des IHS zufolge vor allem die Haushalte des oberen Drittels von der paktierten Lohnsteuerreform profitieren, während ums Alltägliche ringende Arbeiterhaushalte niedrigen Einkommens sowohl real wie auch prozentuell lediglich ein paar Brosamen im viel strapazierten Börsi bleiben werden.

Konkret: Während die Entlastung im achten und neunten Einkommens-Dezil (sprich: Einkommens-Zehnteln) mit durchschnittlichen 3,8% (oder umgemünzt 1.888,- bzw. 2.126,- Euro pro Jahr) zu Buche schlägt, beläuft sie sich im untersten Dezil (den zehn Prozent der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen) gerade einmal auf läppische 0,8% bzw. 116,- Euro pro Jahr (d.h.: 9,67,- Euro pro Monat). Was den Höchstverdienern dergestalt etwa ein „gratis“ Auto für die flügge gewordenen Kinder abwirft, deckt für die Geringstverdiener gerade einmal die sprichwörtliche tägliche Butter aufs Brot.

Und das, obwohl die rosaroten SpitzenfunktionärInnen der Sozialdemokratie und Gewerkschaften nach Jahren des kontinuierlichen Reallohnverlusts und zunehmenden Working poor im Land sich noch vor kurzem unisono zu konstatieren gezwungen sahen, dass immer mehr Arbeitende in Österreich mit ihrem Einkommen kaum mehr über die Runden kommen. Und zwar bis weit in die mittleren Einkommensbereiche hinein.

Besonders drastisch ergeht es diesbezüglich jedoch den ohnehin ums Alltägliche ringenden untersten Einkommensschichten. Sie mussten, dem aktuellen Rechnungshof-Einkommensbericht zufolge, von 1998 auf 2013 überhaupt die stärksten Einkommenseinbußen verbuchen. Quer über alle Berufsgruppen sackten die Reallöhne- und Gehälter des einkommensschwächsten Zehntels von 1998 bis 2013 gar um sage und schreibe 35% ab und betragen inflationsbereinigt ihrem Wert nach überhaupt nur mehr 65% des Verdienstes von 1998! Vor diesem Hintergrund nehmen sich die nunmehr ernstlich abgefeierten knappen 9,70 Euro pro Monat denn auch bestenfalls als offene Verhöhnung aus.

Aber auch die sogenannten mittleren Einkommen verlieren gegenüber der besonderen Begünstigung der Höchsteinkommen. Wenn ein/e Facharbeiter/in mit 3.000,- brutto etwa 100,- Euro Lohnerhöhung bekommt, so wird diesem/dieser mehr abgezogen, als einem der mit 6.000,- Euro brutto eine Lohnerhöhung bekommt. Auch sie müssen dafür löhnen, dass Höchstverdiener, Vermögende und Reichtum entlastet werden resp. unangetastet bleiben.

Die dergestalt ausbaldowerten Entlastungseffekte der Lohnsteuerreform sind zudem in spätestens zwei, drei Jahren wieder verpufft. Die Löhne und Gehälter werden danach wieder dieselbe steuerliche Belastung erreichen wie 2009, wie unlängst auch diesbezügliche Berechnungen der Innsbrucker Wirtschaftsforscher bestätigten.

Und ab Einkommen von rund 1.800,- Euro brutto wird einem darüber hinaus von jeder hinkünftigen Lohnerhöhung fast dasselbe abgezogen wie bisher! Da die Arbeitenden ab dieser Einkommensmarke schon wieder in die nächsthöhere und untragbarer Weise mit 10% zudem am steilsten ansteigende Steuerstufe von 35% (anstatt bisher 36,5%) hineinwachsen, was für weite Bereiche der Beschäftigten und FacharbeiterInnen im Grunde die gegenwärtige „Grenzabgabenquote“ zementiert.

Reichtum bleibt unangetastet

Völlig unangetastet (von Peanuts abgesehen) kommt hingegen erneut der Reichtum im Land davon! Trotz vollmundiger Versprechen und Gewerkschaftskampagne für Vermögenssteuern,

Erbschaftssteuern... zur Umverteilung von Oben nach Unten, wurden diese dann auch seitens der SP-Granden ein Begräbnis erster Klasse beschert und damit sang- und klanglos ad acta gelegt. Und das, obwohl der Reichtum im Land mehr und mehr durch die Decke schießt, und Österreich eine lediglich mit den USA vergleichbare Reichtumsverteilung und -akkumulation aufweist.

Dabei hätten die zaghaften Vermögenssteueransätze des SPÖ&ÖGB/AK-Modells sogar nur aus den Erträgen gezahlt werden können, und insofern trotz ihrer partiell umverteilenden Wirkung lediglich eine gewisse Einbremsung der Vermögenszuwächse bedeutet. Aber nicht einmal zu diesem Körbergeld brachte es die Steuerreform.

Mit seinem läppischen vermögensbezogenen Steueranteil von 1,3% (und damit internationales Schlusslicht – allein der dahingehende EU-15-Schnitt liegt mit 5,3% immerhin viermal so hoch), bleibt Österreich so ein unangetastetes Steuerparadies für Großvermögende und die grundlegende steuerpolitische „Schieflage“ im Land unberührt.

Sparpakete drohen!

Während so die Reichen immer reicher werden, und sich Österreichs Otto-Normal-Millionäre und Otto-Normal-Milliardäre auf Kosten der Millionen ins Fäustchen lachen, rollen aufgrund der mangelnden Gegenfinanzierung die nächsten Belastungs- und Sparpakete auf uns zu.

Hinter der Gegenfinanzierung „Verwaltungsreform“ verbergen sich und drohen neben der Einfrierung von Förderungen für drei Jahre (auf Basis 2015) bzw. vielfacher Kürzungen&Streichungen, Streichungen von Doppelförderungen, personalsparende Zusammenlegungen, zu befürchtende Kürzungen bei sozialen Vereinen, oder im Gesundheitsbereich, die Fortführung des Aufnahmestopps im öffentlichen Dienst, sowie damit mehr oder weniger präjudizierte Nulllohnstunden oder bestenfalls kosmetischer Anhebungen im öffentlichen und daran gekoppelten Bereich(en)...

Die im Nu aufgebrachten Unterschriften von hunderttausenden Beschäftigten haben gezeigt, zu welcher Mobilisierung der ÖGB im Verbund mit der AK in der Lage wäre. Aber anstatt die Auseinandersetzung im Interesse der Arbeitenden konsequent und offensiv aufzunehmen und in kämpferischer Mobilisierung und aktiven Einbeziehung der Beschäftigten auszutragen, verendete die „größte Gewerkschaftskampagne seit Jahrzehnten“ in einer zahnlosen Petitionsübergabe unter der Losung „Jetzt liegt's an der Regierung“ und neuerlichem faulen Kompromiss.

Einem Kompromiss der vor allem den immer mehr durch den Planfond schießenden Reichtum im Land völlig unangetastet lässt. In ihrer verfehlten Anlage als Lohnsteuerreform schon mitnichten haltend was sie verspricht, liegt der weitere entscheidende Angelpunkt ihrer Bewertung aber gerade in ihrer Gegenfinanzierung! Und dahingehend hat sich an der steuerlichen „Schieflage“ im Land nichts verändert

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

Die vorliegende Steuerreform krankt an einer verfehlten Lohnsteuerentlastung sowie der fehlenden Umverteilung von oben nach unten, deswegen gibt es seitens der AK Niederösterreich dazu keine Zustimmung.

Einer Gesetzesvorlage wird nur unter folgenden Voraussetzungen zugestimmt:

1. Wenn die Tarifstufen dahingehend geändert werden, dass anstatt der Höchsteinkommen allen voran das Gros der Normalverdienenden und FacharbeiterInnen entlastet wird
2. Wenn die Lohnsteuerreform auch kräftige Entlastungen für die Massen an Nicht-Lohnsteuerpflichtigen Beschäftigten (über kräftigere Erhöhungen der der Negativsteuer, der

Verkehrs- und Arbeitnehmerabsetzbeträge und des AlleinerzieherInnen-Absetzbetrags sowie deren volle Negativsteuerfähigkeit) beinhaltet

Wenn im Zuge der Steuerreform endlich auch die steuerpolitische „Schiefelage“ im Land durch echte Vermögenssubstanz- und Erbschaftssteuern angegangen wird

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

Antrag Nr. 3

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 164. Vollversammlung am 29.5. 2015 der Arbeiterkammer Wien**

**Nein zum „kalten Staatsstreich“
der Erhebung der transnationalen Konzerne zu den
entscheidenden Subjekten des internationalen Rechts**

Um die Liberalisierungen des Welthandels weiter zu forcieren und neue Machtpositionen der transnationalen Konzerne und international agierenden Banken durchzusetzen, spannten die kapitalistischen Metropolen ein dichtes Netz von bilateralen bzw. regionalen Freihandels- und Investitionsabkommen rund um den Globus.

Rund 3.200 derartiger Abkommen existieren derzeit. 90% davon beinhalten „Investor-Staats-Verfahren“ (sogenannte Investitionsschutzbestimmungen), welche Großinvestoren demokratieresistent machen. Die aktuell verhandelten Abkommen TTIP, CETA, TiSA und TPP würden die weitere Liberalisierung des Welthandels von Waren, Dienstleistungen und Finanzen nicht „nur“ in Umfang und Inhalt nochmals eine neue Quantität und Qualität erreichen lassen, sondern zudem eine supranationale Verfassung der Banken und Konzerne über große Teile des Erdballs legen. Eine gänzliche Wirtschaftsliberalisierung ohne juristisches Zurück.

Die darin beinhalteten Sonderklagerechte für internationale Investoren würde es Konzernen und Banken ermöglichen, die Unterzeichnerstaaten auf Schadensersatz zu verklagen, wenn Gesetze ihre Gewinnerwartungen schmälern. Dergestalt würden die transnationalen Konzerne und Großbanken diesen Abkommen zufolge zu den entscheidenden Subjekten internationalen Rechts erhoben, das sie weitgehend demokratischen Entscheidungen enthebt und immun gegen jeden sozialen und demokratischen Fortschritt machen würde. Jedwedes profitmindernde oder auch nur „angemessene“ zukünftigen Profiterwartungen tangierende progressive Gesetz könnte über eine private, dem öffentlichen Justizwesen übergeordnete, Gerichtsbarkeit attackiert werden.

Verhandelt auf eigenen, zumeist in Hotelzimmern tagenden, von den Streitparteien aus einschlägigen Anwaltskanzleien mit Richtern beschiedenen Schiedsgerichten – ohne Berufungsmöglichkeit gegen gefällte Urteile bei einer höheren Instanz, außerhalb aller nationalstaatlichen, demokratischen Rechtssysteme.

Mit diesen Sonderklagerechten wird den Konzernen und Banken aber nicht nur die Keule milliardenschwerer Entschädigungsklagen gegen verabschiedete Gesetze in die Hand gegeben, sondern in einem damit zugleich die Keule für Präventivschläge gegen unliebsame erwogene Gesetze vorzugehen – etwa durch einfach Klagsdrohung, um geplante Gesetze abzuwürgen oder zu verwässern („Regulatory chill“). Eine Praxis, die auf Basis bereits bestehender Handels- und Investitionsschutzabkommen schon heute gängiger ist als einer

breiten Öffentlichkeit bekannt – und Regierungen weltweit gut überlegen lässt, ob und welche Gesetze sie auch erlassen.

Ein verschiedentlich nicht zu unrecht als „kalter Staatsstreich“ der Konzerne und Banken charakterisiertes Projekt. Zumal es darüber hinaus auch noch vollends einleisig verfasst ist. So haben Investoren darin im Grunde nur Rechte, keine Pflichten (etwa die Einhaltung der Menschen- und Arbeitsrechte). Entsprechend sind denn auch für die Staaten keine Klagerechte ihrerseits vorgesehen (und in CETA, anders als in vielen anderen EU-Handelsabkommen, noch nicht einmal formal Menschenrechtsklauseln enthalten, die bei Verstoß - etwa gegen die ILO-Normen-, das Abkommen einseitig auszusetzen ermöglichen).

Dergestalt hat sich den völlig zurecht massive Kritik an diesen Investitionsschutzbestimmungen und ihren geheimen Tribunalen entzündet.

Um das geplante „Diktat der Konzerne“ gleichwohl durchzuzupfeitschen, wird von der EU-Handelskommissarin nun der Vorschlag eines „Investitionsschutz neu“ - der Schaffung eines internationalen Gerichtshofs für Investitionen anstelle der privaten Schiedsverfahren – lanciert.

So verhänglich ein solcher öffentlich-rechtlicher, internationaler Gerichtshof anstelle der bisherigen Geheimtribunale klingen mag: der substantielle Kern wie die Kritik des Investorenschutzes und die damit einhergehende Erhebung der transnationalen Konzerne zu den entscheidenden Subjekten des internationalen Rechts würden von einem solchen Gerichtshof nur kosmetisch, in seinem konkreten Mechanismus, tangiert.

Auch mit einem solchen hätte eine dergestaltige Erhebung der transnationalen Konzerne und internationalen Investoren sowie deren rigorose Besserstellung gegenüber den ArbeitnehmerInnen statt.

Zudem würde sich ein solcher nur längerfristig – sprich: nach geplantem Abschluss des TTIP - installieren lassen und stößt bisher weder bei der EU-Kommission als solcher, noch in den USA auf Zustimmung und würde für Arbeitnehmerrechte, da in CETA und TTIP weder deren Sanktionierbarkeit Vertragsbestandteil resp. vorgesehen, auch belanglos bleiben (bzw. im weitestgehend diskutiertem Fall erst nach Ausschöpfung der nationalen Rechtsinstanzen, während Konzernen und Investoren ein direktes Klagsrecht eröffnet würde, vagen Zugang eröffnen – vage sowohl was die Ratifikationen der ILO-Kernnormen anbelangt, wie auch im Verhältnis zu den papierernen Konsultationsmechanismen).

Zurecht formulierten Bundesarbeiterkammer und ÖGB in einem gemeinsamen Schreiben vom 5. Februar 2015 an das Europäische Parlament denn auch: „Die Aufnahme von Investitionsschutzbestimmungen und privilegierten Klagsrechten für Investoren (ISDS) im TTIP werden abgelehnt. Die jeweiligen Rechtsordnungen der Staaten bieten ausreichenden Schutz für Investoren.“

Ein Standpunkt dem sich mittlerweile auch fünf Ausschüsse des Europaparlaments angeschlossen haben.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- ° Keine Kehrtwende im Kampf gegen TTIP und die supranationale Verfassung der Konzerne!
- ° Nein zu besonderen Investitionsschutzbestimmungen und privilegierten Klagsrechte für Konzerne und Investoren!
- ° Nein zur Aushebelung des Rechtsstaats in jeder Form: weder durch herkömmliche, noch durch neue Formen von ISDS!

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

Antrag Nr. 4

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 164. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien**

Keine Kürzungen, sondern Ausbau bei Sprachkurs-Förderungen

Der AK Bildungsgutschein soll den AK Mitgliedern den Zugang zur Weiterbildung erleichtern. Der Bildungsgutschein ist ein Startkapital für die persönliche Weiterbildung in der Höhe von 120 Euro, für Eltern in Karenz beträgt er 170 Euro.

Diese sinnvolle Einrichtung für Wiener Beschäftigte ist zu erhalten und weiter auszubauen.

Neben berufsspezifischen Skills werden insbesondere auch berufsorientierte Sprachkurse durch den Bildungsgutschein gefördert.

Mehr als nur eine Sprache zu sprechen bzw. zu verstehen ist nicht nur für das berufliche Weiterkommen oder den Erhalt des Jobs wichtig, sondern fördert auch eine insgesamt humanistische Einstellung und einen weltoffeneren und wertschätzenden Zugang zu anderen Menschen und Kulturen. Insofern soll sich die Förderung des Sprachenerwerbs nicht nur an der beruflichen Verwertbarkeit orientieren.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- Keine Kürzungen oder Angebots-Streichungen bei den per Bildungsgutschein geförderten Sprachkursangeboten
- Ausbau der Bildungsgutscheine in finanziellem und angebotsmäßigem Umfang.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

Antrag Nr. 5

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 164. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien**

Care about Care!

Für eine Aufwertung der Pflege in allen Bereichen

PflegerInnen verbringen ihren Berufsalltag damit, anderen Menschen zu helfen – immer mit dem Anspruch, die PatientInnen bestmöglich und freundlich zu versorgen.

Es sind Menschen, die für und mit Menschen arbeiten! Gerade deshalb nehmen sie einen extrem wichtigen Part in unserer Gesellschaft ein. Ihre Arbeit gehört auch dementsprechend gewürdigt und entlohnt.

Die Wirklichkeit ist jedoch eine andere: Arbeitsdruck, immer mehr Verantwortung und Forderung nach Flexibilität mit der einhergehenden Unvereinbarkeit von Beruf und Privatleben stehen einem völlig unangemessenem Gehalt gegenüber! Unter diesen haarsträubenden Bedingungen kann keine qualitativ hochwertige Pflege erfolgen.

Die Beschäftigten der Gesundheits- und Sozialbranche leisten tagtäglich Bestes unter immer schwieriger werdenden Arbeitsbedingungen und unter massiv steigender Arbeitsintensivierung. Dieser Zeit- und Arbeitsdruck hat auch auf die Qualität der Betreuung und Pflege Einfluss, so dass alte und kranke Menschen oft „wie am Fließband“ versorgt werden müssen. Die Erschwerung des Erhalts von Pflegestufen und –Geld tut dazu ihr Übriges.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- Die AK Wien fordert eine massive Erhöhung der Finanzmittel, um endlich genügend Personal und Ressourcen für qualitativ gute Arbeit UND gute Arbeitsplätze im Sozialbereich zu erhalten
- Die AK Wien unterstützt die Initiativen der Pflege-Beschäftigten wie CARE Revolution, Gute Pflege braucht mehr Personal für + 30% Gehaltserhöhung für alle Berufsgruppen, egal ob im stationären oder mobilen Bereich arbeitend & 30% mehr Personal an der Basis!
- Die AK Wien fordert das Recht auf einen Vollzeit-Arbeitsplatz für Teilzeitbeschäftigte
- Die AK Wien fordert eine generelle Arbeitszeitverkürzung, beginnend mit maximal 35 Stunden pro Woche bei vollem Personal- und Lohnausgleich

- Die AK Wien fordert lebensweltgerechte und altersgerechte Arbeitsplätze und ein verpflichtendes Angebot und Bezahlung von Supervision in der Arbeitszeit
- Die AK Wien fordert die Erhöhung der Förderbudgets für die Betreuung zu Hause
- Die AK Wien fordert die Rücknahme der Erschwerung des Zuspruchs der Pflegegeldstufen bzw. umgekehrt eine massive Erleichterung für den Erhalt der niedrigen Pflegegeldstufen!

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

Antrag Nr. 6

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 164. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien**

Nein zum sozialen Backlash in Wien

Der Sozial- und Gesundheitsbereich befindet sich in allen Bundesländern permanent unter Druck. Einsparungen, Leistungskürzungen, Um- oder Ausgliederungen stehen auf der Tagesordnung. Auch in Wien werden Subventionen für Einrichtungen und Projekte gekürzt, die Gelder trotz Inflation und Gehaltserhöhungen nicht angehoben oder bei gleich bleibenden finanziellen Mitteln die Aufträge ausgeweitet bzw. die ansteigenden KlientInnenzahlen nicht abgegolten. Beispiele: Mobile Frühförderung und Familienbegleitung, Sexarbeiterinnen-Beratung, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Pflege und Betreuung von alten und behinderten Menschen, ...

Die Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich müssen eine fortschreitende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in dieser ohnedies unterbezahlten Branche, in der überwiegend Frauen arbeiten, feststellen. Die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, die mit einer laufenden Intensivierung der Arbeit einhergehen, gehen auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten wie auch auf Kosten der LeistungsbezieherInnen (KlientInnen, PatientInnen, ...).

Im Gegenteil wäre aber eigentlich eine finanzielle Aufstockung erforderlich, um die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Gesundheits- und Sozialleistungen dauerhaft sicher zu stellen und die über die psychischen und physischen Grenzen gehende Arbeitsintensivierung für die Beschäftigten wieder zu reduzieren.

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

- Die Sozialmilliarde ist wichtiger denn je! Trotz intensiver Anstrengungen und Kampagnisierung konnte diese Forderung nicht durchgesetzt werden. Die AK Wien wird sich in Zukunft wieder verstärkt dafür einsetzen, dass die Sozialmilliarde beschlossen und der Sozial- und Gesundheitsbereich mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet wird.
- Die Unterstützung und Initiierung politischer, gewerkschaftlicher und betrieblicher Kampagnen für massiv mehr Ressourcen (zusätzlicher Personaleinsatz, bessere Ausstattung, höhere Gehälter) in allen Bereichen der Sozial- und Gesundheitsbranche

- Protestmaßnahmen zur Abwehr von Einsparungen und Kürzungen und die Unterstützung von Initiativen der Beschäftigten, Betriebsräte und Gewerkschaften
- AK-KammerrätInnen mit politischen Funktionen und/oder Mandaten, egal auf welcher Ebene, müssen sich aktiv Einsparungen und Kürzungen widersetzen und für eine finanzielle Aufstockung für qualitativ hochwertige Gesundheits- und Sozialleistungen – im Sinne der Beschäftigten und der Bevölkerung – eintreten.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------